

Teilhabe am Sagen und Haben

Ein erweiterter Gerechtigkeitsbegriff muss im Zentrum künftiger grüner Politik stehen. Die Anforderungen, die sich daraus ergeben, müssen in das neue Grundsatzprogramm aufgenommen werden. Von Renate Künast und Peter Siller

Ein erweiterter Gerechtigkeitsbegriff muss im Zentrum künftiger grüner Politik stehen. Die Anforderungen, die sich daraus ergeben, müssen in das neue Grundsatzprogramm aufgenommen werden.

von Renate Künast und Peter Siller

Die Stärkung von Partizipation, Teilhabe und Pluralismus gehört als wesentlicher Bestandteil eines erweiterten Gerechtigkeitsbegriffs ins Zentrum grüner Politik. Unsere Ziele sind die Ausgestaltung der multikulturellen Demokratie, die Schärfung des rechtsstaatsliberalen Profils, der Ausbau von Bürgerbeteiligung, die Reform der demokratischen Institutionen sowie die Neugestaltung der föderalen Strukturen. Dabei kommt es darauf an, die Wege und Ziele der demokratischen Erneuerung vor dem Hintergrund der Erfahrungen der letzten zwanzig Jahre kritisch zu beleuchten. So haben wir die Chance, uns als die Partei der Partizipation sowie der Bürger- und Minderheitenrechte zu etablieren. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts stellt sich die Aufgabe der Verwirklichung von Demokratie neu. Die Demokratie muss sich unter den Bedingungen von Globalisierung, Digitalisierung und Individualisierung weiter entwickeln, um sich als zentrales Entscheidungsprinzip zu erhalten.

Wir müssen eine Antwort darauf geben, wie politische Kommunikation und demokratische Entscheidungsverfahren unter den Bedingungen der Mediengesellschaft auszurichten sind. Wir stehen vor der Aufgabe, eine Antwort auf Parteienskepsis und Politikverdrossenheit zu geben. Wir brauchen eine Antwort auf die zunehmende internationale Verflechtung und müssen dabei das Ziel eines demokratischen Europas nach oben stellen. Wir müssen uns der demokratischen Herausforderung durch die Informationsgesellschaft stellen.

Und wir sollten neue Wege der Stärkung von Mitbestimmung in gesellschaftlichen Bereichen, wie etwa der Wirtschaftspolitik, gehen.

1. Pluralismus und multikulturelle Demokratie

Unser Demokratieverständnis zielt auf eine pluralistische Gesellschaft, in der unterschiedliche Lebensformen und Lebensstile Platz haben. An die Stelle von Unterordnung und Assimilation setzen wir Selbstbestimmung und kulturelle Freiheit. Die Interkulturalität moderner Gesellschaften ist eine Chance für ihre Bürgerinnen und Bürger. Die Welt ist kleiner geworden - und damit der Austausch und die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Kulturen und Traditionen leichter.

Die nationalen Barrieren verlieren an Bedeutung und neue kulturelle Horizonte öffnen sich. Die urbanen Zentren haben die Chance, zur Plattform für ein weltoffenes Zusammenleben in Vielfalt zu werden. Pluralismus und Multikulturalismus sind eine Bereicherung und zugleich eine Herausforderung für Demokratie und Rechtsstaat. Unterschiedliche Lebensformen brauchen einen gemeinsamen politischen und rechtlichen Rahmen. Das einigende Band einer freien pluralen Gesellschaft ist ihre Verfassung, in der die Grundregeln des Miteinanders festgeschrieben sind. Mit der multikulturellen Demokratie ist der Rahmen vorgegeben, in dem eine Verständigung in wechselseitiger Anerkennung stattfinden kann. Die Regelung von Einwanderung gehört zu den noch uneingelösten Versprechen unserer Demokratie. Dies zu ändern, ist ein Kernanliegen bündnisgrüner Politik.

2. Das rechtsstaatsliberale Profil schärfen

Grüne Politik steht in der Tradition des Rechtsstaatsliberalismus, in der die Freiheits- und Verfahrensrechte einen hohen Rang haben. Grund- und Bürgerrechte dürfen nicht zunehmend durch den Staat beschnitten werden. Es ist die zentrale Pflicht des Rechtsstaates, die Unversehrtheit der persönlichen Freiheiten zu garantieren. Die Grundrechte sind für die Bürgerinnen und Bürger nur dann etwas wert, wenn Instrumente zur Durchsetzung existieren.

3. Beteiligungsrechte stärken

Wir sehen im Parlamentarismus die unverzichtbare Grundlage der Demokratie. Ergänzend wollen wir Elemente der direkten Bürgerbeteiligung wie Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide stärken. Um diesen Weg hin zu mehr Partizipation frei zu machen, kommt es darauf an, die materiellen und formalen Bedingungen an die Beteiligungsverfahren klarer zu bestimmen, als es bislang der Fall war. Wir müssen klar sagen, in welchen Bereichen und unter welchen Voraussetzungen wir direkte Beteiligungsmöglichkeiten wollen und wann nicht. Partizipation und demokratische Verantwortung setzen zudem die Möglichkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe voraus. Die Bezugnahme auf die Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger macht nur Sinn, wenn die Politik ihrer eigenen Verantwortung gerecht wird. Wir stehen deshalb für das Ziel eines aktivierenden Teilhabestaates, in dem den Bürgerinnen und Bürgern eine soziale Grundsicherung ebenso zusteht, wie der faire Zugang zu Bildung.

4. Die demokratischen Institutionen reformieren

Demokratie lebt vom Wettstreit der politischen Positionen und Konzepte. Deshalb halten wir es für falsch, wenn sich die Politik auf einen Ansatz zurückzieht, nach dem Positionen nicht mehr offen eingeführt und erstritten, sondern allein mit den großen Interessenverbänden ausgehandelt werden. Dem setzen wir den Ansatz einer streitbaren Demokratie entgegen, in der der Wettstreit um unterschiedliche Konzepte und Programme möglich und gewollt ist. Dabei ist es

unser Anspruch gerade denjenigen Interessen und Ansprüchen ein Forum zu bieten, die sich auf keine starke gesellschaftliche Lobby stützen können.

Wir wollen mit unserer Politik quer durch die Gesellschaft diejenigen unterstützen, die in ihren Verwirklichungschancen an den Rand gedrängt sind. Wir wollen die Rolle der Parlamente und der Abgeordneten im politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess gegenüber der Exekutive stärken. Ein Schlüssel für mehr Demokratie liegt in der Frage, ob es den Parteien gelingt, sich für die Bürgerinnen und Bürger zu öffnen, neue Beteiligungsformen aufzugreifen und sie in den politischen Entscheidungsprozess einfließen zu lassen.

An dem Anspruch einer Stärkung der innerparteilichen Demokratie und Transparenz bei der Aufstellung und Auswahl der Kandidatinnen und Kandidaten wollen wir unsere eigene Binnenstruktur messen lassen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine bürgernahe Exekutive, die die Bürgerinnen und Bürger nicht verwaltet, sondern eine dienende und moderierende Rolle einnimmt. Wir brauchen eine bürgernahe, effiziente, aber auch transparente und kontrollierbare Verwaltung.

5. Suchprinzipien Föderalismus und Subsidiarität

Die Kommunen müssen in ihrer Handlungsfreiheit gestärkt werden. Wir wollen das durch das in der Verfassung verbürgte Recht der kommunalen Selbstverwaltung zu neuem Leben erwecken. Wir brauchen eine Neugestaltung der föderalen Strukturen um Ländern und Regionen mehr Gestaltungsmöglichkeiten zu eröffnen. Entlang des Subsidiaritätsprinzips sollen übergeordnete Einheiten nur solche Aufgaben übernehmen, zu deren Wahrnehmung untergeordnete Einheiten nicht in der Lage sind. Allerdings lassen sich viele Probleme aufgrund ihrer Reichweite nicht mehr oder nicht sinnvoll auf Länderebene oder nationalstaatlich lösen. Richtig verstandene Subsidiarität kann deshalb eine Verlagerung demokratischer Entscheidungen und politischer Kompetenzen nach oben verlangen.

6. Herausforderung Mediengesellschaft

Die Bedingungen politischen Handelns haben sich in den letzten Jahrzehnten gewandelt. Die Geschwindigkeit, aber auch die Schnelligkeit politischer Themen ist in der Mediengesellschaft unübersehbar gewachsen. Wir sind uns über diese neuen Bedingungen im Klaren und wissen um die Notwendigkeit intelligenter Kampagnen und Inszenierungen. Wir wissen jedoch auch, dass die Qualität von Politik von Konzepten und Positionen abhängt, die über den Tag hinaus denken. Dem blinden Pragmatismus stellen wir ein Profil entgegen, das Wert auf politische Grundsätze und Kriterien legt. Substantielle Politik und Demokratie brauchen Zeit für inhaltliche Auseinandersetzung, für die Entwicklung von gehaltvollen Konzepten und für verantwortliche Entscheidungen.

7. Herausforderung Globalisierung

Demokratie gerät durch den Prozess der Globalisierung unter Druck. Durch die Entgrenzung der Märkte und Wirtschaftsströme verringern sich die politischen Gestaltungsspielräume der nationalen Parlamente und Regierungen. Damit steht der Vorrang der Demokratie auf dem Spiel. Der Prozess der Globalisierung lässt sich dabei weder leugnen noch umkehren. Grüner Politik geht es darum, eine politische Antwort auf die Globalisierung zu geben. Um das Primat der Demokratie zu verteidigen und politische Gestaltung zu ermöglichen, brauchen wir neue Organisationsformen und Instrumente.

8. Für ein demokratisches Europa

Unser Kernanliegen der europäischen Integration hin zu einem demokratischen Europa ist eine zentrale politische Antwort auf die Globalisierung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben das Potenzial, zu der Europa-Partei zu werden. Dafür sollten wir jetzt den Grundstein legen. Im Prozess der europäischen Integration geht es darum, überhaupt erst einmal die Grundelemente demokratischer Legitimation herzustellen. Demokratie in Europa wird dabei nicht identisch sein mit der Demokratie in Deutschland, sondern ist eine Gestaltungsaufgabe.

Demokratie in Europa braucht eine europäische Verfassung mit Grundrechten und einer klaren Ordnung des Institutionengefüges. Demokratie in Europa braucht einen Bedeutungsgewinn des Europäischen Parlaments. Hierfür ist die Schaffung europäischer Parteien und Listen erforderlich. Erst durch eine europäische Parteipolitik kann ein Wechselspiel von Regierung und Opposition entstehen, politischer Streit auf europäischer Ebene ausgetragen und so ein stärkeres Interesse der Bürgerinnen und Bürger geweckt werden.

Demokratie in Europa ist darüber hinaus auf Medien und Verbände angewiesen, die eine überstaatliche öffentliche Meinungsbildung und Kommunikation erst möglich machen. Demokratie in Europa braucht schließlich Transparenz, sonst bleibt eine effektive Partizipation der Bürgerinnen und Bürger unmöglich.

9. Herausforderung Informationsgesellschaft

Der Prozess der Digitalisierung erweckt den Anschein von mehr Demokratie und Transparenz. Dieser Demokratie- und Transparenzgewinn ist jedoch kein Selbstläufer, sondern bedarf eines entsprechenden Rahmens. Informationsfreiheit und Informationsgerechtigkeit sind dabei die entscheidenden Elemente. Einmalig ist beim Internet, dass es eine dezentrale Kommunikationsstruktur und damit neue Formen der Partizipation ermöglicht. Bürgerinnen und Bürger erhalten die Möglichkeit, zu Gesetzesvorhaben online Stellung zu nehmen. Die elektronische Stimmabgabe ist - sofern sie den Grundsätzen der allgemeinen, gleichen, geheimen und freien Wahl genügt - ein mögliches Element der Demokratie der Zukunft. Dabei geht es nicht um den Ersatz der repräsentativen Demokratie durch eine andere. Ziel ist eine stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Prozessen der öffentlichen Meinungsbildung und der politischen Entscheidung.

10. Neue Wege der Mitbestimmung

Wir wollen weitere Schritte der gesellschaftlichen Demokratisierung. Demokratie in Freiheit und Gerechtigkeit kann nicht auf den klassischen politischen Bereich beschränkt bleiben. Sie muss auch in Bereichen einen Platz haben, in denen wesentliche Entscheidungen über die Voraussetzungen und Grenzen von Freiheit fallen. Wir stehen für mehr demokratische Mitbestimmung in öffentlichen Körperschaften, wie beispielsweise Universitäten.

Nach unserer Vorstellung einer aktivierenden Teilhabegesellschaft muss die Teilhabe am Sagen um eine Teilhabe am Haben ergänzt werden. Wir wollen die materielle Beteiligung der Mitarbeiter an den Unternehmen fördern und so zu neuen Beteiligungsstrukturen kommen.

Renate Künast ist Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft. Peter Siller ist Mitglied der Grundsatzprogrammkommission von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

schrägstrich 03-04/01 S.30

© BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bundespartei

Quelle: <http://www.gruene-partei.de>